

CSR und Politik

Angesichts der globalen Probleme haben nationalstaatliche Regelungen immer weniger Gewicht und bieten kaum noch international durchsetzungsfähige Lösungsstrategien. Sowohl die Wirtschaftsordnung soziale Marktwirtschaft als auch die herkömmlichen staatlichen Ordnungsmodelle müssen in einer globalisierten Welt weiterentwickelt werden. Daher prüft und erarbeitet die internationale Gemeinschaft neue Modelle, die das Leitbild der Nachhaltigkeit und die Forderung nach einer sozial gerechten Ausgestaltung der Globalisierung zu Erfolg versprechenden Konzepten führen können.

CSR und die politische Dimension der Globalisierung

Das hegemoniale Weltordnungsmodell der neorealistischen Denkschule sieht eine Vorherrschaft der mächtigsten Staaten, allen voran der USA, Japan, der EU, Russland und China vor. Der Einfluss der Entwicklungsländer ist in diesem Modell marginal, während den wirtschaftlich erstarkten Schwellenländern wie Brasilien, Indien oder Regionen Südostasiens politisch nicht der Einfluss gewährt wird, den ihre Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft eigentlich nahelegen.

Entsprechend dem institutionellen Weltordnungsmodell sind internationale Organisationen, zwischenstaatliche Vereinbarungen und regionale Zusammenschlüsse die entscheidenden Faktoren der globalen Politik wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA), Weltbank, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Gruppe der acht führenden Wirtschaftsnationen (G8) und die der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20). Allerdings bemisst sich die Stimmenverteilung in vielen internationalen Institutionen nach der Höhe der Beitragszahlungen, sodass nach wie vor die bevölkerungsreichen Entwicklungs- und Schwellenländer gegenüber den wirtschaftsmächtigen Industrienationen unterrepräsentiert sind. Globalisierungskritiker wie der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz werfen besonders dem IWF, der WTO und der Weltbank vor, einseitig die Marktinteressen der Industrienationen zu verfolgen, und fordern stärkere Mitspracherechte, darunter auch den Ausbau zur echten Teilhabe an der Entscheidungsfindung, und eine Reform der herrschenden internationalen Governance-Strukturen.

(J. E. Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung. München 2004, S. 280ff.)

Konzepte für eine neue „Weltordnungspolitik“: Global Governance

Das Konzept der Global Governance ist ein solches Reformvorhaben. Es greift zwar Aspekte des institutionellen Systems auf, erweitert dieses jedoch durch neue, nicht staatliche Akteure. Somit werden demokratische Aktivitäten einer neuen Weltordnungspolitik verstärkt, indem eine prinzipielle Gleichwertigkeit aller am Weltgeschehen Beteiligten angestrebt wird.

Diverse Rahmenabkommen und Konventionen internationaler Organisationen im Geiste der Global Governance haben die Grundlagen zur Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaft geschaffen: Die Internationale Standardisierungsorganisation (ISO) hat Richtlinien für gesellschaftlich verantwortliches Handeln von Unternehmen und sonstigen Körperschaften entwickelt, die derzeit international mit Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) abgestimmt werden (ISO 26000). Das am weitesten ausgearbeitete und umfassendste Regelwerk für eine gesellschaftlich verantwortliche und umweltbewusste Unternehmensführung sind die Leitsätze der OECD für multinationale Unternehmen. Im Rahmen der vier Grundprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der ILO-Kernarbeitsnormen werden internationale Standards und rechtsverbindliche Konventionen sowie Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten erarbeitet.

Das von der EU-Kommission im Jahr 2001 veröffentlichte „Grünbuch – Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen“ bildet für europäische Unternehmen die Grundlage zur Planung und Umsetzung sozialer und ökologischer Aktivitäten. Auch mit ihrer aktuellen CSR-Mitteilung von 2011 setzte die EU-Kommission ein klares Signal, CSR als wichtigen Eckpfeiler zu nutzen, um die Wachstums-, Beschäftigungs- und Nachhaltigkeitsziele der Strategie „Europa 2020“ zu verwirklichen, so ein Positionspapier der Bundesregierung. „CSR als freiwillige Übernahme von Verantwortung im eigenen Kerngeschäft dient nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern fördert zugleich bürgerschaftliches Engagement – den ‚Schlüsselfaktor zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts‘ in Europa (KOM [2011] 568, S. 2). Aus Sicht der Verbraucher stellt das auf Freiwilligkeit beruhende CSR-Engagement einen wichtigen Aspekt für die öffentliche Bewertung der verantwortungsvollen Unternehmensführung sowie für den Kauf von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen dar. Wachsende Regulierung und gesetzliche Festlegungen im Bereich CSR könnten dieses Wertungskriterium für ein verantwortungsvolles Kaufverhalten einschränken. Der Grundsatz der Freiwilligkeit sollte daher nicht aufgeweicht werden.“ (Positionspapier der Bundesregierung, 18.11.2011, S. 3) Gegenwärtig orientieren sich rund 3380 Unternehmen aus 120 Ländern sowie mehr als 1100 zivilge-

sellschaftliche Gruppen und internationale Arbeitnehmerorganisationen an den Prinzipien des Global Compacts. Die beteiligten Unternehmen bilden 59,7 Prozent der aktiven Mitglieder, während andere Stakeholder wie Nichtregierungsorganisationen, Unternehmensverbände, Stiftungen und akademische Einrichtungen mit etwa 25 Prozent am Global Compact beteiligt sind. Vier Fünftel der Mitgliedsunternehmen kommen ihrer Verpflichtung nach und veröffentlichen ihre Umsetzung der Global-Compact-Prinzipien. So dokumentiert beispielsweise das Deutsche Global Compact Netzwerk Fallbeispiele für die erfolgreiche Umsetzung der Global-Compact-Richtlinien. Allerdings wird die Freiwilligkeit des Global Compacts immer wieder kritisiert, sodass unter anderem eine Überprüfung der CSR-Vorhaben der Unternehmen gefordert wird und ein verbindlicher Ordnungsrahmen auf globaler Ebene, der auch Sanktionen nicht ausschließt.

Auf dem Weg zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft – der „Aktionsplan CSR“ der Bundesregierung

Auf nationalstaatlicher Ebene soll eine Reform der sozialen Marktwirtschaft nachhaltige Prinzipien in politische und ökonomische Prozesse einführen. Ideengeschichtlich lässt sich die ökosoziale Marktwirtschaft als Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft definieren. Nach 1945, in der Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbaus in Westdeutschland, wurde das Konzept der sozialen Marktwirtschaft häufig mit dem „deutschen Wirtschaftswunder“ in Verbindung gebracht. Zum 60. Jahrestag der sozialen Marktwirtschaft im Jahr 2009 wurde dieses Wirtschaftssystem weitgehend positiv gewürdigt, galt es doch als Kompromiss im gesellschaftspolitischen Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der die politische Diskussion und die gegensätzlichen Ideologien vom 19. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts prägte. Während die EU-Staaten aufgrund der Sozialgesetzgebung einen relativen sozialen Frieden genossen, hat die Globalisierung in vielen Ländern ein frühkapitalistisches Wirtschaftssystem erstarken lassen. Hieraus bilden sich für die weitere Diskussion zwei zentrale Fragestellungen: Wie lässt sich auf internationaler Ebene ein Gleichgewicht zwischen Regulierungsmechanismen und freien Märkten herstellen? Inwiefern können Elemente der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland oder die sozialstaatlichen Bestimmungen der EU ein Modell für eine sozial gerechte und nachhaltige Globalisierung sein? Als Antwort auf diese Frage fand der Begriff der ökosozialen oder ökologisch-sozialen Marktwirtschaft Eingang in die Debatte, der ursprünglich in den 80er-Jahren während der umweltpolitischen Diskussion in Österreich formuliert wurde. Durch den nationalen „Aktionsplan CSR“ der Bundesregierung (2010) stärkt die Politik die Prinzipien dieser erweiterten Form der

Marktwirtschaft, indem sie den freiwilligen Beitrag der Unternehmen zur Verwirklichung von CSR-Maßnahmen fördert.

Zur Unterrichtseinheit

Arbeitsblatt D1 stellt die Global Governance als Konzept einer neuen Weltordnungspolitik vor, das über nationalstaatliche politische Instrumente hinaus versucht, globale Probleme mithilfe eines Netzes von verschiedenen international agierenden Organisationen und Interessengruppen zu bewältigen.

Arbeitsblatt D2 ergänzt diese globale Perspektive durch konkrete Möglichkeiten der Bundesregierung, ihren Beitrag zu leisten, einen Weg von der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft vorzugeben.

Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten am Beispiel der Global Governance und der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zentrale Themen im Rahmen der Abituranforderungen:

- » Ziele und Aufgaben internationaler Politik: Menschenrechte, Friedenssicherung, Konfliktlösung unter Einbeziehung der Theorien der internationalen Politik
- » die Rolle des Staates in der sozialen Marktwirtschaft, Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft
- » Weltwirtschaft zwischen Liberalisierung und Protektionismus, Ansätze und Institutionen einer Weltwirtschaftsordnung

Hierbei stehen die Chancen und Perspektiven der CSR in einer zukunftsfähigen, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in einem engen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen des Globalisierungsprozesses und der Ausgestaltung einer neuen Weltordnungspolitik.

Die Arbeitsaufträge zielen darauf ab, die Grundlagen herkömmlicher internationaler Wirtschafts- und Politiksysteme mit Reformprojekten zu vergleichen und Chancen und Gefahren der Modelle zu analysieren. Durch die Methode der Stärken-Schwächen-Analyse oder SWOT-Analyse (Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats) werden die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt, die Ausgangssituation mit einer möglichen Zukunftsvision in Verbindung zu bringen und eine Strategieentwicklung zu erörtern.

Es bietet sich an, in Gruppenarbeit die Aufgabenfelder der verschiedenen Institutionen und Organisationen zu erarbeiten; gegebenenfalls ist ein Exkurs zur Struktur der Vereinten Nationen oder zum entwicklungs- und umweltpolitischen Aktionsprogramm „Agenda 21“ für das Verständnis der Zusammenhänge hilfreich.